

Satzung des Deutschen Verbandes für Podologie (ZFD) Landesverband Berlin und Brandenburg e.V.

Stand Okt. 2020

§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Verband führt den Namen „Deutscher Verband für Podologie (ZFD) Landesverband Berlin und Brandenburg e.V.“ und ist die für die Bundesländer Berlin und Brandenburg zuständige Landesorganisation des Deutschen Verbandes für Podologie (ZFD) e.V.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz in Mühlenbeck.
- (3) Der Verband ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Neuruppin eingetragen.

§ 2 Verbandszweck

- (1) Zweck des Verbandes ist
 - a) die Gesamtvertretung des Berufsstandes der Podologen sowie die Wahrnehmung ihrer gemeinschaftlichen Berufsbelange;
 - b) die Beratung und Betreuung seiner Mitglieder in allen berufsbezogenen Fragen;
 - c) die Fortbildung Berufsangehöriger und interdisziplinärer Kooperationspartner, (wie z.B.: Mediziner, Akademiker, Therapeuten, OSM, Diabetes Berater, Arzthelfer und fachangrenzende Pflegeberufe) durch regelmäßige Seminare, Kurse, Vortragsveranstaltungen, Fachtagungen und Kongresse.
- (2) Ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb wird nicht bezweckt. Die Verfolgung politischer und religiöser Interessen ist ausgeschlossen.

§ 3 Geschäftsjahr und Erfüllungsort

- (1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Neuruppin.

§ 4 Mitgliedschaft

- (1) Der Verband hat ordentliche und fördernde Mitglieder sowie Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliches Mitglied kann werden, wer bereits Podologe ist oder eine Ausbildung gemäß §4 PodG absolviert.
- (3) Förderndes Mitglied kann werden, wer die Interessen des Verbandes unterstützt.
- (4) Der Antrag auf Aufnahme als ordentliches oder förderndes Mitglied ist schriftlich, per E-Mail oder über das Kontaktformular bei der Geschäftsstelle einzureichen, über den Antrag entscheidet der Vorstand.
- (5) Personen, die sich in besonderem Maße um die Belange des Berufsstandes oder des Verbandes verdient gemacht haben, können zu Ehrenmitgliedern ernannt werden, über die Ernennung entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (6) Fördernde Mitglieder und berufsfremde Ehrenmitglieder haben kein Stimmrecht auf der Mitgliederversammlung. Ehrenmitglieder unterliegen nicht der Pflicht, Beiträge zu entrichten.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft im Verband endet durch Tod, Austritt, Erlöschen oder Ausschluss.

- (2) Ein Austritt ist jederzeit zum Jahresende unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist möglich. Die Kündigung ist schriftlich oder per E-Mail an die Geschäftsstelle zu richten.
- (3) Die Mitgliedschaft erlischt, wenn ihre satzungsgemäßen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Das Erlöschen ist dem Mitglied schriftlich anzuzeigen. Ein Mitglied kann aus dem Verband aus wichtigem Grund ausgeschlossen werden. Ein solcher Grund ist insbesondere dann gegeben, wenn ein Mitglied trotz schriftlicher Mahnung seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder die Weisungen der Organe des Verbandes nicht befolgt oder offensichtlich gegen die Interessen des Verbandes bzw. seine satzungsgemäßen Zwecke handelt.
- (4) Der Ausschluss erfolgt durch den Vorstand und ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen. Gegen diese Entscheidung kann das Mitglied innerhalb eines Monats Einspruch erheben. Maßgebend für die Berechnung der Fristen ist das Zustellungsdatum. Über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (5) Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit nicht von der Erfüllung etwa noch bestehender Verpflichtungen gegenüber dem Verband. Rechte am Vermögen des Verbandes erlöschen mit Beendigung der Mitgliedschaft.
- (6) Bei Ausscheiden eines Mitgliedes sind innerhalb von 14 Tagen Verbandsschilder und andere, auf eine Mitgliedschaft hinweisende, Merkmale an den Verein zurückzugeben und dürfen vom ausgeschiedenen Mitglied nicht mehr verwendet werden (Verbandslogo etc.).

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder haben im Rahmen der gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen Anspruch auf Beratung und Unterstützung durch den Verband. Ihnen stehen die Einrichtungen des Verbandes zur Verfügung. Die Inanspruchnahme der Rechte setzt die Erfüllung der Mitgliedspflichten, insbesondere der Beitragspflicht, voraus.
- (2) Die Mitglieder sind verpflichtet, sich an die Satzung, die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und die ihnen bekannt gemachten Beschlüsse der gemeinsamen Dachorganisation Deutscher Verband für Podologie (ZFD) e.V. zu halten.
- (3) Sämtliche Änderungen (z.B. Kontaktdaten, Berufsurkunde, Kassenzulassung etc.) sind der Geschäftsstelle schriftlich, per E-Mail oder über das Kontaktformular der Website innerhalb von einem Monat zu melden.

§ 7 Gliederung des Verbandes

- (1) Der Verband kann sich je nach Bedarf in regionale Bezirksgruppen untergliedern.
- (2) Die Leiter der Bezirksgruppen und ihre Stellvertreter werden vom Vorstand für die Dauer von zwei Jahren bestimmt.
- (3) Die Mitglieder des Bezirks haben das Recht, dem Bezirksgruppenleiter und / oder seinem Stellvertreter in geheimer Abstimmung das Misstrauen auszusprechen. In diesem Fall hat der Vorstand eine andere Person zu bestimmen.

§ 8 Verbandsorgane

Organe des Verbandes sind

1. der Vorstand,
2. die Mitgliederversammlung.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem ersten und dem zweiten Vorsitzenden, sowie aus bis zu 5 Beisitzern. Das Amt des Schatzmeisters kann optional besetzt werden. Über die interne Aufgabenverteilung entscheidet der Vorstand.
- (2) Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende. Jeder ist zur alleinigen Vertretung des Verbandes berechtigt. Im Innenverhältnis vertritt der 2. Vorsitzende den Verband nur bei Verhinderung des 1. Vorsitzenden.
- (3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit der Stimmen gewählt. Die Vorstandsmitglieder führen ihr Amt, über den eventuellen zeitlichen Ablauf ihrer Wahlperiode, bis zur Neuwahl ihrer Nachfolger hinaus weiter. Eine Wiederwahl ist zulässig.
- (4) Die Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden findet geheim statt.
- (5) Die Besitzer werden in offener Wahl gewählt, es sei denn, einer offenen Wahl wird im jeweiligen Fall widersprochen.
- (6) Der Vorstand wird für die Dauer von 4 Jahren gewählt. Um die Geschäftsfähigkeit des Verbandes zu wahren, werden der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende versetzt gewählt im Abstand von 2 Jahren. Damit ergibt sich immer eine Überschneidung von 2 Jahren. Die Beisitzer werden entsprechend gewählt.
- (7) Endet das Amt eines Vorstandmitglieds vor Ablauf der normalen Amtsdauer, so kann sich der verbleibende Vorstand durch Zuwahl ergänzen. Die Amtsdauer der Zugewählten endet mit der nächsten Jahreshauptversammlung.

§ 10 Mitgliederversammlung

- (1) Die ordentliche Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) findet einmal im Jahr statt.
- (2) Außerordentliche Mitgliederversammlungen werden einberufen, wenn hierfür ein Bedürfnis vorhanden ist oder wenigstens 1/5 der ordentlichen Mitglieder dies verlangen.
- (3) Die Mitgliederversammlungen werden unter Einhaltung einer Frist von drei Wochen unter Angabe von Zeit und Ort der Versammlung sowie der Tagesordnung vom Vorsitzenden oder einer vom Vorstand beauftragten Person schriftlich einberufen. Maßgebend für den Fristenlauf ist das Datum des Poststempels der Einladung. Die Einladung sowie alle Anlagen (Haushaltsplan, Jahresabschluss, Geschäftsbericht des Vorstandes, Anträge etc.) dürfen auch per E-Mail an alle Mitglieder versandt werden, die dem aktiv zugestimmt und eine E-Mail-Adresse angegeben haben.
- (4) Die Mitgliederversammlung ordnet durch Beschlussfassung alle Angelegenheiten des Verbandes, insbesondere
 1. die Wahl und Entlastung des Vorstandes;
 2. die Wahl der Kassenprüfer;
 3. die Entgegennahme der Tätigkeitsberichte des Vorstandes;
 4. die Genehmigung des Jahresabschlusses und des Haushaltsplans für das folgende Geschäftsjahr;
 5. die Festsetzung von Beiträgen und Aufnahmegebühren;
 6. die Einsetzung von Ausschüssen;
 7. die Änderung der Satzung;
 8. die Auflösung des Verbandes.
- (5) Die Mitgliederversammlung ist mit der Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Eine Stimmrechtsübertragung (Vertretung) ist nicht zulässig.
- (6) Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden alle Beschlüsse in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen gefasst; Satzungsänderungen bedürfen einer 2/3-Mehrheit. Stimmenthaltungen oder ungültige Stimmen werden als nicht erschienen gezählt.
- (7) Über Anträge, die nicht auf der Tagesordnung stehen, können Beschlüsse nur gefasst werden, wenn die Mitgliederversammlung die Aufnahme des Antrags in die

Tagesordnung beschließt. Anträge auf Satzungsänderung können nicht dringlich gestellt werden.

- (8) Die Leitung der Mitgliederversammlung obliegt dem 1. Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung dem 2. Vorsitzenden, in dessen Verhinderungsfall einem von der Versammlung zu bestimmendem Versammlungsleiter.
- (9) Über die Mitgliederversammlung und die dort gefassten Beschlüsse hat der Schriftführer, im Falle seiner Verhinderung ein von der Versammlung zu bestimmender Protokollführer, eine Niederschrift anzufertigen. Diese ist vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 11 Ausschüsse

- (1) Die Mitgliederversammlung kann beschließen, die Erledigung besonderer Aufgaben einem Ausschuss zu übertragen, sofern hierzu ein Bedürfnis besteht.
- (2) Die Mitgliederversammlung bestimmt Arbeitsbereich und Mitglieder des Ausschusses. Die Ausschussmitglieder bestimmen unter sich den Vorsitzenden des Ausschusses und seinen Stellvertreter.
- (3) Bei der Ausschussarbeit finden die Regeln über die Beschlussfassung bei Mitgliederversammlungen Anwendung.
- (4) Die Ausschüsse sind für die ihnen übertragenen Aufgaben dem Vorstand und der Mitgliederversammlung gegenüber verantwortlich und zur Berichterstattung verpflichtet.

§ 12 Geschäftsstelle

Der Verband kann zur Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte eine Geschäftsstelle einrichten und einen Geschäftsführer bestellen.

§ 13 Rechnungslegung

- (1) Der Schatzmeister hat spätestens drei Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr zu erstellen.
- (2) Der Jahresabschluss ist von 2 Rechnungsprüfern, die jeweils für die Zeit von 2 Jahren, jährlich wechselnd, von der Mitgliederversammlung gewählt werden, zu prüfen.
- (3) Er ist von diesen als ordnungsgemäß erstellt zu unterzeichnen, wenn die Einnahme- und Ausgabepositionen rechnerisch richtig ermittelt sind und von der Sache her als angemessen bezeichnet werden können.

§ 14 Verhältnis zum Zentralverband

- (1) Der Verband ist als eingetragener Verein grundsätzlich autonom in seinem Handeln und damit absolut eigenständig.
- (2) Die Mitgliedschaft im Deutschen Verband für Podologie (ZFD) e.V. verpflichtet jedoch, die übergeordneten Ziele, Satzungen und Beschlüsse des gemeinsamen Dachverbandes anzuerkennen und einzuhalten, bzw. für ihre Durchführung Sorge zu tragen.

§ 15 Aufwandsentschädigung

- (1) Vorstandsmitglieder, auch Beisitzer arbeiten ehrenamtlich. Sie dürfen für Zeit- und Arbeitsaufwand eine Aufwandsentschädigung erhalten, wozu auch ein Praxisausfallgeld gehört.
- (2) Über Gewährung und Höhe dieser Vergütung beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 16 Verbandsauflösung

- (1) Die Auflösung des Verbandes kann nur auf einer zu diesem Zweck gesondert einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Ein diesbezüglicher Beschluss bedarf einer 3/4 Mehrheit der Stimmen.
- (2) Die Mitgliederversammlung beschließt bei einer Auflösung über die Verwertung vorhandenen Verbandsvermögens. Eine Verwertung darf nur im Interesse des Berufsstandes erfolgen.

§ 17 Gleichstellung

- (1) Soweit in dieser Satzung im Namen sowie bei der Bezeichnung der Vorstandsmitglieder oder sonstigen Funktionsträger aus Gründen der vereinfachenden Schreibweise die maskuline Wortform gewählt ist, steht sie gleichzeitig stellvertretend für die feminine Wortform.
- (2) Weibliche Vorstandsmitglieder und Funktionsträgerinnen führen die feminine Wortform ihres Amtes.

§ 18 Datenschutz / Persönlichkeitsrechte

Der Verein beachtet bei der Durchführung seiner vereinsgemäßen Zwecke und Aufgaben den Datenschutz auf Grundlage der rechtlichen Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes sowie ergänzender Gesetzesregelungen. Die näheren Einzelheiten werden in einer Datenschutzordnung geregelt, die der Vorstand beschließt und im Bedarfsfall anpasst.

Diese Satzung wurde auf der Jahreshauptversammlung am 03.10.2020 beschlossen. Die aktuelle Fassung der Satzung kann unmittelbar an das Vereinsregister gesandt werden. Alle vorherigen Satzungen verlieren dadurch ihre Gültigkeit.